

<b>Datum:</b> <b>Antragsteller/-in:</b>  <b>Sachbearbeiter/-in:</b> <b>E-Mail:</b> <b>Telefon:</b> <b>Telefax:</b>	<b>24.11.2019</b> <b>Bernd Georg Krämer</b> <b>Boris Gamanov</b>  <b>Hadjimohamadvali, Laleh</b> <b>afd-fraktion@saarbruecken.de</b> <b>(0681) 905-1366</b>	<b>AFD/1547/19</b>
<b>Beratungsfolge und Sitzungstermine</b>		
<b>Gremium</b>  Finanz- und Liegenschaftsausschuss Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	<b>Sitzungsdatum</b>  05.12.2019 10.12.2019	<b>Status</b>  N Ö
<b>Betreff:</b> <b>Haushalt 2020 – Änderungsantrag der AfD-Fraktion – Regionalverbandsumlage anfechten</b>		
Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss empfiehlt / der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt die folgende Maßnahme und Änderung zum Haushalt 2020:		
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Erstellung eines Rechtsgutachtens durch einen anerkannten Rechtswissenschaftler für Gemeinde und Kommunalrecht zur Frage, ob die Höhe der Regionalverbandsumlage, die die LHS an den RV in der Zeit von 2020 bis 2023 zu entrichten hat, gegen Art. 28 Abs. 2 GG verstößt.</li> <li>2. Widerspruch gegen die nächst fällig werdende Regionalverbandsumlage sowie Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht für den Fall der Zurückweisung des Widerspruchs, sofern nach dem Rechtsgutachten Erfolgsaussichten bestehen.</li> <li>3. Zur Abdeckung der Gutachterkosten und des Prozessrisikos ist ein Haushaltsansatz von 100.000 Euro einzustellen.</li> </ol>		

Die Regionalverbandsumlage für das Jahr 2020 wurde auf Grundlage des Regionalverbandshaushalts 2019 einschließlich dessen Finanzplanung bis 2022 mit 163,8 Mio Euro geplant. Das bedeutet gegenüber dem Ansatz 2019 eine Erhöhung von rund 11,1 Mio € zu Lasten der LHS. Für 2021 ist eine Umlage in Höhe von rund 169 Mio €, für 2022 174 Mio € und 2023 177 Mio € veranschlagt.

Dies übersteigt die Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Saarbrücken und führt dazu, dass eine Gesundung der Stadtfinanzen unmöglich gemacht wird. Nur durch die ständige Erhöhung von Gewerbe und Grundsteuern ist die Stadt noch in der Lage ihre Gemeinwesenarbeit zu erfüllen und die Regionalverbandsumlage aufzubringen.

Ständige Steuererhöhungen führen jedoch zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber anderen Regionen. Investoren meiden Städte mit hoher Steuerbelastung. Für die nächsten Jahre ist wegen des bevorstehenden Konjunkturreinbruchs mit Steuermindereinnahmen zu rechnen; die Regionalverbandsumlage erhöht sich jedoch ständig.

Eine Kreisumlage darf nicht zu einer nachhaltigen Verkürzung der gemeindeeigenen Finanzbasis führen. (BVerwG 31.012013).

Gemeinden müssen zumindest über so große Finanzmittel verfügen, dass sie ihre Fremd und Selbstverwaltungsaufgaben ohne Kreditaufnahme erfüllen können und darüber hinaus noch über eine frei Spitze verfügen können, um zusätzlich freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben in merklichem Umfang wahrnehmen zu können.

Das entschied 2013 das Bundesverwaltungsgericht!

Durch die ständigen Verstöße gegen diese Rechtsprechung türmte sich ein Berg von Kassenkrediten auf.

Saarbrücken steht vor großen Problemen und Umwälzungen.

Das Kongress- und Messezentrum mit Kulturforum muss realisiert werden mit entsprechendem Kostenaufwand.

Die Steuererträge werden definitiv aufgrund der konjunkturellen Lage sinken und die Sozialkosten werden voraussichtlich steigen auch aufgrund der Tatsache, dass der Bund nach wie vor das Konnexitätsprinzip verletzt.

Der Regionalverband lässt weitere notwendige Sparbemühungen vermissen.

So z.B. werden Verwaltungsgebäude mit einer Monatsmiete von 125.000 € angemietet

Die Regionalverbandsumlage verletzt zum Teil auch das Prinzip der Subsidiarität.

Nach wie vor bestehen kostentreibende Doppelstrukturen.

Mit dem Beschreiten des Rechtswegs kann die Landeshauptstadt ein Zeichen des Widerstandes setzen.

Die neuste Entscheidung des OVG bezüglich der Klage der Gemeinde Überherren ist für Saarbrücken nicht einschlägig. Die hiesigen Verhältnisse sind rechtlich anders zu werten.

Der Mittelansatz von 100.000 Euro ist ausreichend für die Erstellung des Gutachtens und das Widerspruchsverfahren.

Es kann nicht sein, dass Saarbrücken „die Zeche“ für eine verfehlte Sozialpolitik bezahlt.

Es geht um die Zukunft unserer Stadt!

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Bernd Georg Krämer  
Fraktionsvorsitzender

Boris Gamanov  
Fraktionsvorsitzender